

# DEMOCRATISING TRANSFORMATION



## PARADIGMENWECHSEL LOKAL ERMÖGLICHEN – Peter Kurz / Stadt Mannheim, Global Parliament of Mayors

In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass Städte als Treiber auftreten müssen und dass wir großen Herausforderungen lokal bewältigen können, wenn wir uns grundlegend verändern. Als kleinste politische Einheit spielen Städte eine ganz besondere Rolle und bieten wahrscheinlich auch den besten Rahmen für die gemeinsame Gestaltung mit der Zivilgesellschaft und die Aktivierung von Menschen für ein integratives und vernetztes Vorgehen.

Wichtig dabei ist das lokale Handeln selbst und das Bewusstsein, dass Stadtverwaltung und ihre Unternehmen tatsächlich gesellschaftliche Akteure sind, die nicht als Dienstleister auf Anfrage reagieren, sondern einen Gestaltungsauftrag haben, der auch eine gesellschaftliche Dimension hat. Das klingt vielleicht nicht bahnbrechend, aber viele sind anders sozialisiert.

Zentral ist die Einbindung verschiedener Akteure in der Stadt und offen zu sein für die Impulse, die dadurch entstehen. Das bedeutet nicht nur Programme zu konzipieren, sondern tatsächlich eine Bewegung auszulösen. Für unsere Verwaltungsorganisation heißt das beispielsweise neue Ressourcen, neues Personal und eine neue Matrix Struktur aufzusetzen mit dem Ziel, Bündnisse für die Umsetzung eines lokalen Green Deals einzugehen.

Für den großen Wandel sind kleine Intervention mit einem großen Aha Effekt wichtig, um unmittelbar zu spüren, was Veränderung bedeuten kann und welche Lebensqualität wir

zurückerobern können. Über die Kleinteiligkeit und die Sichtbarkeit auch im öffentlichen öffentlichen Raum, wird ein lernendes Vorgehen möglich.

Denn der Glaube, dass wir über Inputsteuerung und strafrechtlich gebundene Vorgaben die Welt verändern, ist strukturell eher kontraproduktiv. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass wir positive Lernerfahrungen und Haltungen aus der Pandemie schon wieder ad acta legen.

In den letzten zwei Jahren haben wir teilweise eine Politik erlebt, die offen kommuniziert hat über Unsicherheiten, über veränderte Konstellationen oder Fakten, die sich orientiert hat an Wissenschaft und messbaren Ergebnissen und daraus Schlussfolgerungen ableitete, die auch kurzfristige Veränderungen bedeuten konnten. Also ein Agieren am Puls der Zeit und ein Kommunizieren darüber, dass sich Lagen ändern und erklären, was man tut. Und beides ist kaum noch feststellbar, obwohl es aus meiner Sicht eigentlich der Weg und der richtige Ansatz ist, wie man überhaupt den großen Herausforderungen begegnen sollte.

Eine weitere Dimension ist der direkte Kontakt zwischen Bund, Land und Kommunen. Das könnte gestärkt werden, indem man die Einbeziehung der Kommunen zum Regelfall macht und diesen Dialog tatsächlich institutionalisiert, was verfassungsrechtlich nicht vorgesehen ist.

Wichtig wäre die Erfahrung der Kommunen auch in der Gestaltung von Gesetzgebungsprozess am Anfang mit zu nutzen. Denn Bürgermeister:innen sind nicht grundsätzlich anders als Politikerinnen auf anderen Ebenen, sondern haben in ihrem Alltag eine andere Form von Leistungskontrolle, da die Öffentlichkeit eine andere Responsivität verlangt. Am Ende geht es darum, ob Dinge erledigt oder nicht.

Von der damit verbundenen Haltung und Erfahrung können andere politische Ebenen lernen und das wäre einfacher über einen institutionalisierten Dialog, den es nicht gibt. Und wenn ich mir etwas wünschen könnte, wäre es Leute mit einem Fingerschnipp dazu zu bringen, dass sie sich wechselseitig ernsthaft empathisch zuhören können.